November-Dezember 2011

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

Hilft mehr Europa aus der Krise? Teil II
Seite 3 >>>

Im Land der Reformen
Seite 4 >>>

Aus der Gemeindevertretung
Seite 5 >>>

Links unten

Rettet das wahre Griechenland!

Anastasia ist eine Frau in den 50igern. Sie besitzt eine kleine Pension an der Südküste von Rhodos. Sie selbst schleppt die Koffer der Gäste ins Zimmer, macht die Betten, stellt Blumen auf den Tisch. Am Tage hilft sie ihrer Tochter in einer kleinen Boutique an der Strandstraße beim Verkauf von Dingen, die die Urlauber so brauchen, die Tochter kümmert sich derweil um die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Abends bekocht Anastasia ihren Mann, ihre Kinder und Enkelkinder. Einkaufen geht sie beim Händler um die Ecke, der Tomaten, Kartoffeln und Weintrauben der Bauern aus dem Umland anbietet. Reich geworden ist ihre Familie nicht, aber es reichte zu einem einfachen Leben. Mit alldem wird jetzt Schluss sein?

Die Mehrwertsteuer steigt in unerträgliche Höhen, die sowieso kleine Rentenversicherung ist dahin, das fürs Alter Gesparte verloren an die Bank. Wenn die Touristen ausbleiben, fallen die Einnahmen aus der Pension weg, niemand kauft in der Boutique der Tochter ein, der Händler bleibt auf seinen Tomaten sitzen, Steuern werden nicht mehr gezahlt.

Logisch, dass der griechische Konsum infolge der Mehrwertsteuerhöhung von 19 auf 23 Prozent bereits stark zurückging. So kann es doch nicht weitergehen!

Der auf dem EU-Gipfel mehr oder weniger „freiwillig“ durchgesetzte 50-prozentiger Schuldenschnitt löst nicht die Probleme. Die Flucht in die staatliche Insolvenz wäre eine Chance

weiter auf Seite 4 >>>

Das Erfurter Programm der LINKEN

Thomas Nord

Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg, Mitglied des Bundestages

Der Erfurter Parteitag vom 21. – 23. Oktober 2011 fand in einer politischen Ausnahmesituation statt, ein EU-Gipfel sämtlicher Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wurde bereits ein zweites Mal verschoben, die Regierungserklärung der Kanzlerin abgesagt, die Euro-Krise eskaliert, die sozialen und politischen Folgen sind nicht absehbar. Auch die Situation in der LINKEN war und ist schwierig. Oft stehen wir nicht mit unseren politischen Alternativen, sondern mit inneren Querelen in der Öffentlichkeit.

Der Parteitag war die Chance, wieder mit Politik hörbar zu werden. Diese Chance wurde von den 600 Delegierten genutzt. Sie haben in großer Disziplin über 1.400 Änderungsanträge zum Entwurf kontrovers diskutiert und sachlich abgestimmt. Das gilt für die Debatte der vergangenen 18 Monate Programmdiskussion nicht immer. Sie war voll mit inhaltlichen Konflikten, die teilweise in scharfer Form öffentlich und persönlich ausgetragen wurden. Das hat uns geschadet. Manch einer hatte die Befürchtung einer Eskalation auf dem Parteitag oder gar einem Auseinanderbrechen der LINKEN formuliert. Das Zustimmungsergebnis zum Parteiprogramm von fast 97 % zeigt, DIE LINKE kann, wenn sie will, hart in der Sache um inhaltliche Differenzen ringen und dann Vereinbarungen treffen und Kompromisse einhalten. Das ist ein sehr gutes Signal für die Zukunftsfähigkeit der Partei. DIE LINKE hat nun für die nächsten Jahre eine belastbare programmatische Arbeitsgrundlage.

Der gelungene Abschluss der Programmdebatte ist aber nur ein Baustein für eine erfolgreiche LINKE. Genauso wichtig, wenn nicht wichtiger, ist das alltägliche gesellschaftspolitische Handeln aller, die in der Partei und für die Partei tätig sind.

weiter auf Seite 5 >>>

Gleiche unter Gleichen

Dr. Uwe Klett

Bürgermeister der Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf

Angesichts der demographischen Entwicklung und der zurückgehenden Finanzmittel im Land Brandenburg war es eine richtige, aber dennoch strittige Entscheidung der einstigen Landesregierung aus SPD und CDU, eine neue „Planungshierarchie“ (den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg „LEP B-B“) zu schaffen. Für unsere vier Gemeinden (Neuenhagen, Hoppegarten, Fredersdorf-Vogelsdorf, Petershagen/Eggersdorf) bedeutete dies:

1. Wir werden aus dem bisherigen Mittelbereich Strausberg entlassen und bilden einen eigenständigen Mittelbereich Neuenhagen.
2. Das neue Mittelzentrum Neuenhagen nimmt für die anderen drei Gemeinden die Aufgaben der „gehobenen Daseinvorsorge“ (z.B. weiterführende Schulen, ÖPNV-Koordination, Schwimmhalle, großflächiger Einzelhandel, Krankenhaus usw.) wahr.
3. Für die nicht gehobenen Aufgaben der Daseinvorsorge (z.B. Kitas, Grundschulen, Gemeindestraßen) bleibt weiterhin jede einzelne Gemeinde verantwortlich.
4. Das Mittelzentrum entwickelt federführend gemeinsam mit den anderen Gemeinden Projekte zur Realisierung der „mittelzentralen Funktionen“.

So weit die Theorie.

Warum klagt dann aber gegen dieses Gesetz die Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf? Hierbei geht es überhaupt nicht gegen Neuenhagen (das mittig liegt und am S-Bahnhof eine vergleichsweise ausgeprägte Zentrenlage aufweist). Sondern wir wenden uns gegen den Unsinn (!) des Landes in unserem Verflechtungsraum mit einer vergleichbaren Siedlungsstruktur nur Neuenhagen mit mittelzentrale Funktionen auszustatten, wohl wissend, dass die anderen drei Gemeinden auch jetzt schon ähnliche Funktionen für die Nachbarn realisieren.

Gäbe es einen Kompromiss? Natürlich! Wie schon in anderen Teilen Brandenburgs üblich (!), sollten alle „Vier in einem Boot“ sich als Mittelzentrum in Funktionsteilung konstituieren. Solange das Land jedoch Gräben aufreißt, statt die Zusammenarbeit zu befördern, bleibt die Umsetzung des Gesetzes, wie es beschlossen wurde.

Natürlich muss Neuenhagen (und auch die anderen Gemeinden) erst seine neue Rolle finden. Der Begriff „Mittelzentrum“ ist eine große Herausforderung. Sie zu erfüllen, Dienstleistungen für die Bürger der anderen Gemeinden zu entwickeln – die diese wollen und dann auch gebrauchen, steht aktuell an. Mit dem Bürgerhaus kann Neuenhagen schon eine Antwort vorweisen. Die Beratungen zwischen den vier Gemeinden scheinen jedoch bisher noch von einem „Abtasten“ geprägt zu sein. Schritte zur Verbindlichkeit, die eine Zusammenarbeit konstituieren, sind noch nicht gegangen. Auch die konzeptionellen Ideen des Mittelzentrums bleiben bisher eher vage.

Hier sollte DIE LINKE ansetzen. Die transparente Verwendung des Landeszuschusses von 800.000 € für die Funktionen des Mittelzentrums Neuenhagen, die Aufstellung eines mittelfristigen Projektplanes des Mittelzentrums durch Diskussion und Beschluss in der Gemeindevertretung Neuenhagen nach Konsultationen mit den anderen Gemeinden wäre ein Schritt hin zu einer Verantwortungsgemeinschaft. Schwimmhalle, ÖPNV-Entwicklung, Regionalbahnhalt, Barrierefreiheit, Inklusion, Durchlässigkeit des Bildungssystems, regionale Sozialberatung u.v.a. könnten Herausforderungen für das Mittelzentrum und „seine“ Gemeinden werden. Dieser Prozess kann jedoch nur dann Erfolg haben, wenn dies nicht Angelegenheit von Verwaltungen bleibt, sondern die Bürger mit ihren Gemeindevertretungen diesen Prozess offensiv mitgestalten.

Ein Arbeitsbündnis der vier Ortsverbände der LINKEN ist dafür eine gute Grundlage.

Haushaltspolitik in Neuenhagen

gekürzt aus Web-Suche 041111

Angesichts der allgegenwärtigen Diskussion zur Notwendigkeit von Sparmaßnahmen in der Krise im Finanzsystem liegt die Frage nahe, wie es haushaltsmäßig in unserer Gemeinde aussieht. Der Haushalt des Jahres 2011 wies ursprünglich eine Deckungslücke auf, worauf auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Verwaltung durch die Gemeindevertretung beauftragt wurde, Sparmaßnahmen festzusetzen. Durch überplanmäßige Einnahmen vor allem aus den Gewerbesteuern konnte zur Jahresmitte Entwarnung gegeben werden. Nach Aussagen der Kämmerin wird auch der noch vorzulegende Haushalt 2012 ausgeglichen sein. Er soll im Dezember durch die GVT nach vorheriger Beratung in den Ausschüssen beschlossen werden.

Wir könnten uns also ganz entspannt zurücklehnen? Die Gewährleistung der Finanzierung kann aber nicht die ganze Haushaltspolitik sein.

Damit die Neuenhagener ihre Gemeinde auch weiterhin als lebenswert empfinden, steht für mich folgendes Herangehen im Vordergrund:

Zuerst müssen natürlich genügend Mittel für die Betreibung und Nutzung der vorhandenen Einrichtungen, wie das Bürgerhaus, das Freibad, die Schulen und Kitas u. a. bereitstehen.

Für die weitere Entwicklung der unterschiedlichen Lebensbereiche in der Gemeinde und die dafür notwendigen Investitionen halte ich einen längerfristigen Vorlauf für erforderlich. Dabei müssen die Neuenhagener Bürger von Anfang an viel stärker einbezogen werden. Ich denke da aktuell z. B. an die Gestaltung der Eisenbahnstraße – was wollen wir dort haben? – oder an die Schul- und Kita-Planung. Hier müssen die Eltern, Lehrer und Erzieher schon in der Vorbereitung mitreden.

Außerordentlich wichtig finde ich, dass die Bürger bereits in die Aufgabenstellung für die Planung von Maßnahmen einbezogen werden. Damit können hohe Doppelausgaben für Planungsleistungen vermieden werden, wie sie gerade aktuell bei der Einzelhandelskonzeption oder der Ernst-Thälmann-Straße zu verzeichnen sind. Eine breitere Bürgerbeteiligung setzt aber auch den Willen der Betroffenen voraus mitzuwirken.

Bei den Investitionsentscheidungen sind die Folgekosten zuverlässig zu berechnen. Hier gibt es in der Haushaltsplanung noch Nachholbedarf. Dabei muss auch einkalkuliert werden, dass die Zuführungen zum Haushalt künftig rückläufig sein können und die Aufwendungen steigen. So wird der gemäß dem neuen Gesetz geforderte Mindestlohn bei Aufträgen Auswirkungen auf die Investitionskosten und die Dienstleistungen haben. In diesem Zusammenhang steht die Frage der Durchführung von Leistungen, wie der Straßenreinigung, in eigener kommunaler Verantwortung unter Umständen in Kooperation mit Nachbargemeinden.

Trotz der zu realisierenden Aufgaben sollte die Gemeinde eine ausreichende ständige finanzielle Reserve als Rücklage für dringende Aufgaben halten. Wir werden auch künftig prüfen müssen, was wir uns leisten können und wo wir effizienter werden müssen.

Helga Pietschmann / Sachkundige Einwohnerin im Finanzausschuss

Hilft ‚Mehr Europa' aus der Krise? (II)

gekürzt aus Web-Suche 051111 **Thomas Raeck**

Die Schuldenkrise einiger Mitgliedsstaaten der EU vertieft sich immer weiter, die Regierungen in den betroffenen Ländern beschließen immer drakonischere Sparmaßnahmen und die Proteste der Bevölkerung in den betroffenen Ländern werden immer heftiger und verzweifelter. Hinzu kommen die endlosen Diskussionen über Umfang und Struktur des notwendigen Rettungsfonds, der die Schuldenstaaten vor der Insolvenz bewahren und ein Übergreifen der Krise auf Spanien und Italien verhindern soll. Darüber hinaus geht es auch um eine größere Beteiligung der Banken an der 50-prozentigen Abschreibung von Schulden Griechenlands. (werden andere Länder wie Portugal evtl. folgen müssen?)

Das Europäische Parlament hat einen Tag nach dem Ratsgipfel am 27.10. mit dem Ratspräsidenten van Rompuy und Kommissionspräsidenten Barroso über die Ergebnisse des Gipfels diskutiert. Dabei äußerten Vorsitzende der Fraktionen wie auch zahlreiche Abgeordnete Kritik an der einseitigen Ausrichtung auf Haushaltskonsolidierung und auf stärkere zentrale EU - Kontrolle bei der Umsetzung des Sparprogrammes in Griechenland.

Linksfraktionschef Lothar Bisky bezeichnete das bisherige Krisenmanagement als chaotisch. Rat und Kommission handelten nach dem Prinzip "Hoffnung": Hoffnung darauf, dass sich die 'Investoren' an den internationalen Finanzmärkten diesmal mit den EU – Beschlüssen zufrieden geben. Aber weshalb sollten die Wetten auf kommende Staatspleiten eingestellt werden? Weshalb sollte nicht doch versucht werden, Spanien und Italien in den Strudel der Spekulation hineinzuziehen?" Deshalb forderte er radikale Maßnahmen zur Verhinderung der Spekulation an den internationalen Finanzmärkten. So lange das nicht geschehe, könnten weitere Rettungsschirme mit dem Geld der Steuerzahler für Euro-Staaten in der Kreditfalle notwendig werden.

Besonders betonte Lothar Bisky die Dringlichkeit eines Rettungsschirms für Löhne, Gehälter, Renten und Spareinlagen der Bürger. Zur Rettung von Staaten und Banken müßte eine Öffentliche Bank der EU die benötigten Kredite zinsgünstig und unabhängig von den Kapitalmärkten unter Vermeidung der Beteiligung von Privatbanken ausgeben. Besonders notwendig seien öffentliche Konjunkturprogramme zur Ankurbelung von Arbeit und Beschäftigung. Dafür müßte es spezielle Unterstützung seitens der EU geben.

Quelle: news.at

Bei den absehbaren Neuwahlen in Griechenland steht nicht nur das politische Schicksal des bisherigen Regierungschefs Papandreou auf dem Spiel, sondern auch das seiner sozialdemokratischen Partei PASOK. Die Einbindung der größten Oppositionskraft in die Sparpolitik soll die Überlebenschancen erhöhen. Das Beispiel Portugals zeigt aber, dass diese Hoffnung trügerisch sein kann. Die sozialdemokratische Regierung verlor haushoch gegen die konservative Opposition. Wobei die Bürger generell die ihnen auferlegten sozialen Einschnitte ablehnen, egal welche Partei gerade die Regierung bildet. Davon zeugt das irische Beispiel, wo eine konservative Regierung wegen ihrer Sparpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise abgewählt wurde.

Die eigentliche Frage stellt sich nicht nur in Griechenland, Portugal, Spanien, Deutschland, sondern in Europa insgesamt: Weshalb kann die Linke in Zeiten tiefster kapitalistischer Krise nicht zu der entscheidenden Kraft werden, der die Bürger die Überwindung von Finanz- und Wirtschaftskrise zutrauen? Weshalb erhält sie nicht solch einen großen Zulauf und Unterstützung, dass sie ihre Vorschläge für eine strikte Kontrolle des Banksystems bis hin zur Verstaatlichung der Großbanken, für öffentliche Konjunkturprogramme in Zeiten der Krise umsetzen kann? Sind ihre Vorschläge unrealistisch oder werden sie vom Bürger nicht als Ausweg angesehen? Das gilt auf nationaler Ebene in den jeweiligen Ländern, als auch in Europa. Oder sind die Vorschläge zu wenig bekannt, werden durch die Medien zu wenig in Umlauf gebracht oder gar ignoriert?

Die von der Partei die Linke in Deutschland beschlossene politische Kampagne zur Aufklärung der Bürger über Hintergründe und Ursachen der tiefsten kapitalistischen Krise seit der "Großen Depression" 1929-32 und zu ihrer Mobilisierung gegen die neoliberale Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ist mehr als notwendig. **Lasst uns gemeinsam Handeln!**

Was macht eigentlich ... die Bundeswehr ?!

Dr. Arno Gassmann

Kreistagsmitglied der LINKEN

Eines vorweg: Die Bundeswehr ist – nicht nur ihrem Selbstverständnis nach – lediglich ausführendes Organ des politischen Willens der Bundesregierung. Trotzdem reagiert sie auch intern auf neue Ansprüche. Auslandseinsätze, Mobilität, Aussetzung der Wehrpflicht, erhöhte Medienpräsenz usw. usw. Die Liste ist offensichtlich nicht mehr in Etappen abzuarbeiten. Folgerichtig nimmt die reformgeplagte Truppe endgültig von Reformen Abschied. Jetzt darf der Prozess ewig dauern, denn es wird „transformiert". Und das tut man im schönen Strausberg.

Dort sitzt das „Zentrum für Transformation der Bundeswehr" direkt neben ihrem Sozialwissenschaftlichen Institut (SOWI) und ihrer Führungsakademie. Die Zukunft unserer Streitkräfte wird also in Märkisch-Oderland gemacht? Dann aber mal ran, Kameraden und Kameradinnen! Zugegeben, in seiner neusten Studie stellt das SOWI fest, ihr habt einen super Rückhalt in der Gesellschaft! Allerdings mussten die Wissenschaftler dabei Daten „gewichten" – böse Statistiker würden sagen „den eigenen Bedürfnissen anpassen" – und voraussetzen, dass es 1:1 denselben Grad an Zustimmung bzw. Ablehnung für die Bundeswehr bedeutet, beim Tag der offenen Kaserne eine Bratwurst zu essen oder eine Demo gegen ein Gelöbnis zu organisieren. Ergebnis: Es gibt viel mehr aktive Bratwurstesser als Demoorganisatoren! Na bitte. Die Truppe ist beliebt wie nie, sie spürt es nur nicht.

Das Dilemma: Wir Deutschen stellen nach zwei von uns ausgegangenen Weltkriegen eine sogenannte „postheroische Gesellschaft" vor, eine Gesellschaft, in der militärische Aufopferung für das Vaterland nicht mehr den höchsten Stellenwert genießt. Ja, es ist wahr, man zieht nicht mehr vor jedem Uniformträger den Hut. Doch Strausberg weiß Rat. Nicht nur, dass man Medienoffiziere schult und Wehrberater (Truppenwerber) ausbildet, nein, man macht sich auch Gedanken darüber, wie man die SoldatInnen noch näher an die Bürger bringt. So sinnt man offen darüber nach, verstärkt Inlandsaufgaben wahrzunehmen. Man mag „Oderhochwasser" denken, die strategischen Planspieler spielen längst schon Hilfspolizei. Die trägt ja auch Uniform und, dass deutsche Grenzen mitten durch Deutschland verlaufen, wissen viele von uns noch aus der Schule. Vom Hindukusch war keine Rede. Apropos Uniform: Was wird eigentlich aus dem „Staatsbürger in Uniform" und seiner Kontrollfunktion, wenn nur noch in den Waffenrock schlüpft, wer es unbedingt will, dazu überredet wird oder schlicht keine gesellschaftliche Alternative hat?

>>> Fortsetzung von Seite 1

für einen Neuanfang, doch leider verbunden mit weiteren fürchterlichen Härten für die Bevölkerung und einem Kollaps der griechischen Wirtschaft.

Die Krise trifft alle Griechen, doch die bisher Gutgestellten, und dazu gehören nicht nur die Spekulanten, die Staatsdiener in gehobener Position, sondern auch die Mitbesitzer der vielen grossen Hotelketten, die besonders an den deutschen Touristen viel Geld verdient haben, werden nach dem Willen der EU-Verantwortlichen nicht am Hungertuch nagen.

Wäre es deshalb nicht sinnvoll, den vielen Anastasias im Lande durch einen Urlaub in ihren Pensionen wieder eine wirtschaftliche Grundlage zu geben?

Griechische Heranwachsende, die obligatorisch schon meist gut Englisch sprechen, wollen zunehmend Deutsch als zweite Fremdsprache erlernen. Wäre das nicht ein Angebot von deutschen und europäischen Bildungseinrichtungen, mit Stipendien oder anderen Zuschüssen zu helfen?

Den fachlich und sprachlich gut ausgebildeten Facharbeitern und Hochschulabgängern zumindest zeitweilig eine Beschäftigung entsprechend ihrer Ausbildung in Deutschland anzubieten: würde das nicht mithelfen, den viel beschworenen Fachkräftemangel zu verringern?

Die ganze Insel Rhodos wird von einem Elektrokraftwerk mit Dieselgeneratoren versorgt, obwohl Sonnenenergie in Hülle und Fülle vorhanden ist. Der Bau von Solarkraftwerken einschließlich Forschung und Zulieferern wäre für ganz Griechenland eine künftige wirtschaftliche Basis. Wäre auch das nicht der Hilfe durch die deutsche Solarindustrie wert?

Dazu gehört natürlich auch der Verzicht der deutschen Rüstungsindustrie auf ihre Lieferungen nach Griechenland. Denn wozu sollen die 3000 Panzer, 600 Kampfflugzeuge, 50 Kriegsschiffe denn eingesetzt werden? Die osmanische Bedrohung ist fast 100 Jahre vorbei!

Viele solcher "kleinen" und individuellen „Rettungsschirme" könnten Familien wie Anastasias am Leben erhalten und ihnen eine Perspektive geben. Denn wenn wir von „den Griechen" reden, reden wir doch von mir und von Dir, oder nicht?

Also auf in die griechische Sonne zu Anastasia!

Heinz Scharf

Phrasenmäher

Im Land der Reformen

Über Jahrhunderte war das Wort Reform fest in den Händen von Querulanten und selbsternannten Weltverbesserern. Sie gebrauchten es – brisant genug – im Sinne von Verbesserung der Verhältnisse durch Beseitigung von Missständen. Demgegenüber hielten Machtzentralen – ob kirchlich oder weltlich – von dem fraglichen Begriff lange Zeit rein gar nichts, betrachteten ihn als ein heißes Eisen, das man tunlichst nicht anfassen sollte. Das lange Zeit verwendete Gegenargument früher Bonner Politik lautete stets: „Keine Experimente!" Das Bestehende war ja erprobt!

Eines Tages geschah ein Sprachwunder. Was eben noch ein – so wörtlich – kostendämpfender Maßnahmekatalog im Gesundheitswesen war, verwandelte sich über Nacht in eine Gesundheitsreform. Streichungen im Bildungswesen wurden zur Bildungsreform, Kürzungen im Haushalt der Länder und des Bundes zur Haushaltsreform usw. Plötzlich gab es überall Reformbedarf, vielfältige Reformanstrengungen, Reformpakete, ein Reformfieber und allerorts Reformstau. Drei Dutzend Mal täglich hören oder lesen wir nun den Verkaufsschlager der Politik, so haben Sprachstatistiker ausgerechnet. Der eine oder andere von uns ist bei so vielen scheinbaren Verbesserungen und so vielen angeblich beseitigten Missständen vielleicht schon misstrauisch geworden, bekommt Reformfrust und vermutet Manipulation. Wie sich das Falschverstehen des Wortes vermeiden ließe? Durch eine Sprachreform natürlich; denn wo Reform draufsteht, sollte auch Reform drin sein.

Dietrich Lade

Nun aber richtig ...

Joachim Werner

Vorsitzender der Gemeindevertretung

Wir kommen aus der Nummer nicht heraus. Nach dem Fiasko des ersten Einzelhandels- und Zentrenkonzepts wollte der Bürgermeister spontan die Verwaltung „...das mal selber machen lassen".

Daraus wird aber nichts!

Die Gemeinde braucht einen rechtssicheren Textbebauungsplan für den Einzelhandel. Und dass wir das ohne professionelle Hilfe nicht hinkriegen, sollte jedem nach der Sondersitzung des Ortsentwicklungs-, Bau- und Umweltausschusses am 18.10.11 klar geworden sein.

Ergebnis ist ein Diskussionspapier zu den Schwerpunkten eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, was unsere Positionen (des Ausschusses) klar umreißt sowie ein Auftrag an ein Ingenieurbüro, diese Ziele in Konzept und B-Plan umzusetzen.

Beides ist in der Gemeindevertretersitzung nach kontroverser Diskussion beschlossen worden.

Auch die LINKE – Fraktion hat zu diesem Thema unterschiedliche Auffassungen. Diskussionen zu diesem Thema unterscheiden sich stets in der Betrachtungsweise vom Standpunkt des „Kunden", des „Händlers" oder des „Planers".

Ohne vernünftigen Kompromiss bekommt man die drei unterschiedlichen Personen nicht unter einen Hut.

Der Kunde muss begreifen, dass es hier nicht um grenzenlose Einkaufmöglichkeiten geht. Der Händler muss begreifen, dass eine Konzeption auch Spielräume für die Konkurrenz lässt und vielleicht Spielräume eigener Sortimente begrenzt. Der Planer ist aufgefordert für den Einzelhandel standortgerecht, bedarfgerecht, verkehrsgerecht, klar beschrieben, auf möglichst wenig Papier, einen Konzeptionsentwurf abzuliefern.

Um diesem Ziel näher zu kommen formuliert u.a. das Diskussionspapier die These:

„...Ausgehend von den sozioökonomischen Kennziffern und den Kennwerten zum Einzelhandel für Neuenhagen (höchster Kaufkraftindex der Mittelzentren in Brandenburg: 107,5, aber geringe Zentralität: 48 %) ist festzustellen, dass Neuenhagen über das Potential für die Entwicklung eines florierenden Einkaufszentrums verfügt..."

Die Gemeindevertretung hat nach einem Antrag den Abschnitt mit dem Terminus „Einkaufszentrum" aus dem Papier gestrichen. O.k., Beschluss ist Beschluss.

Aber als logische Konsequenz der festgestellten Kennziffern und unter dem Aspekt der Rolle Neuenhagens als Mittelzentrum lässt sich diese Behauptung nicht wegdenken! Weiter heißt es:

„...Ziel muss es sein, den Einzelhandel so zu lenken, dass eine geordnete städtebauliche Entwicklung vorbereitet wird, die attraktives Einkaufen für die Bürger ermöglicht und gleichzeitig die bestehenden Einzelhandelseinrichtungen unterstützt..."

Es ist vereinbart worden, die Erarbeitung der Planungsdokumente durch den zuständigen Ausschuss systematisch zu begleiten. Zusätzliche Ausschusssitzungen und eine bessere Abstimmung mit den zuständigen Bearbeitern sollen weitgehend Wunsch und Wirklichkeit synchronisieren.

Wenn wir schon neues Geld ausgeben (zähneknirschend!), dann bitte diesmal für ein Qualitätsprodukt.

>>> Fortsetzung von Seite 1

Dies ist seit dem Wahlparteitag 2010 deutlich zu kurz gekommen. Eine Partei, die sich zu 90% mit sich selbst beschäftigt, ist für Wählerinnen und Wähler, die konkrete Antworten auf konkrete Problemfelder erwarten, unattraktiv - nicht nur in der Wahl, sondern auch beim Mitmachen, bei dem eigenen Engagement in unserer Partei.

Auftrag und Ziel einer Partei ist die aktive Teilnahme an der gesellschaftlichen Willensbildung und die Einflussnahme auf zentrale Entscheidungsprozesse. Nur so besteht auch Aussicht auf politische Gestaltung, die über gepflegte Meinungsäußerung hinausgeht. Jetzt kommt es darauf an, Politik für die Menschen zu machen, die uns gewählt haben und für die, von denen wir möchten, dass sie uns in zukünftigen Wahlen ihre Stimme geben. Angesichts der dramatischen Lage in der EU, von Sozialabbau, von Kriegen und Gewalt in aller Welt ist linke Politik nötiger denn je.

Aus dem Programm der Partei DIE LINKE, 21.-23.10.2011

DIE LINKE. kämpft

für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung
für einen sozial-ökologischen Umbau
für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit
für eine inklusive Gesellschaft
für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern
für ein Leben in sozialer Sicherheit
für eine armutsfeste solidarische gesetzliche Rente für alle
für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege
für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung
für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft
für kulturelle Bildung von Anfang an
für ein gerechtes Steuersystem
für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung
für einen Neustart der Europäischen Union
für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg
für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebens bedingungen aller Menschen.

Aus der Gemeindevertretung

gekürzt aus Web-Suche 061111

Sascha Trutt

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Gemeindevertretung

So gut besucht wie am 3. November hatte ich den Max-Thormann-Saal des Rathauses zu einer Sitzung der Gemeindevertretung Neuenhagens noch nie gesehen. Alle Sitzplätze waren besetzt und die Besucher standen bei geöffneten Türen bis hinaus auf den Flur, sodass einige Gemeindevertreter es schwer hatten, zu ihren Sitzen im Saal zu gelangen. Dabei ging es jedoch weniger um die zu beratenden Beschlussvorlagen.

Der überwiegende Teil des Publikums bestand aus Mitgliedern des Ende letzten Jahres gegründeten Sportvereins FC Rot-Weiß Neuenhagen. Diese waren gekommen, um im Rahmen der Einwohnerfragestunde ihren Forderungen nach Nutzungszeiten für ihre Kinder und Jugendlichen in den kommunalen Sporthallen Nachdruck zu verleihen, welche die Gemeindeverwaltung aufgrund der Nichteinhaltung der Antragsfristen im Jahresverlauf abgelehnt hatte. In der anschließenden Diskussion machten die anwesenden Vereinsmitglieder dann vor allem ihrer Verärgerung darüber Luft, dass die Fußballabteilung der SG Rot-Weiß Neuenhagen, der die meisten von ihnen bis Ende 2010 angehört hatten, ihnen nicht gestatten würde, den Jahnsportplatz mit zu nutzen.

Anschließend informierte der Bürgermeister unter anderem darüber, dass mit dem Bau des Ärztehauses in der Hauptstraße durch den Neuenhagener Chirurgen Dr. Heiko Specht als Hauptinvestor voraussichtlich Anfang des kommenden Jahres begonnen werde. Zur Fluglärmdiskussion teilte Herr Henze mit, dass er und der Landrat ein Schreiben an alle Landtagsabgeordneten und die Bundestagsabgeordneten unserer Region verschickt hätten, in dem sie diese um ihre Unterstützung für die Verlegung der Flugrouten bitten.

Die inhaltliche Beratung zu den Beschlussvorlagen begann mit der Wahl von Herrn Dr. Martin Grabow, Frau Jutta Lieske, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Stock und Frau Elke Richter als Mitglieder der Kommission zur Überprüfung der Neuenhagener Gemeindevertreter auf eine Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedeten die Abgeordneten die Straßenbaumaßnahmen für das Haushaltsjahr 2012, die Hauptmannstraße, die Hermann-Löns-Straße im Abschnitt zwischen Schöneicher Straße und Westring, die Niederheidenstraße im Abschnitt zwischen Wiesenstraße und Grünstraße, die Anklamer Straße, die Wismarer Straße, die Wernigeroder Straße, die Altenauer Straße, die Damerower Straße und die Frankenhausener Straße umfassen. Darüber hinaus wurden eine neue Urnengemeinschaftsanlage auf dem Waldfriedhof sowie mit dem Auslegungsbeschluss zum „Dorfkern Bollensdorf“ die langfristige Entwicklung im südlichen Teil Neuenhagens auf den Weg gebracht. Letzterer soll auch das zweite Zentrum unserer Gemeinde rund um den Schäferplatz perspektivisch vor allem als Bildungsstandort sichern und ausbauen.

In der ersten Lesung zur Fortschreibung der Kindertagesstätten-Konzeption ging es dann auch direkt um die Bildung und Erziehung der jüngsten Neuenhagener. Im Mittelpunkt dieses Dokuments steht die Feststellung, dass eine weitere Kindertagesstätte mit mindestens 140 Plätzen benötigt wird. Während man sich weitgehend einig über deren Notwendigkeit ist, scheiden sich an der praktischen Umsetzung (Bau und Betrieb) die Geister. Die Gemeindeverwaltung sieht sich derzeit finanziell außer Stande ein solches Projekt in Eigenregie zu realisieren. Wir als Linksfraktion sind demgegenüber jedoch der Auffassung, dass zur Absicherung einer bestmöglichen Bildungs- und Erziehungsarbeit eine kommunale Trägerschaft am geeignetsten ist und diese nicht an den Finanzen scheitern darf. Die Vorlage wurde zur Überarbeitung zurückgezogen.

Zum Beschluss über ein kontrovers diskutiertes Diskussionspapier eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts berichtet in dieser Ausgabe Joachim Werner **auf Seite 4 >>>**

+++ Kurzmeldungen +++

Großdemonstartion am 19.11.2011: Geplant ist ein Protestmarsch vom Potsdamer Platz (Abmarsch 14:00 Uhr) zum Bundeskanzleramt mit anschließender Abschlusskundgebung (Ende ca. 16:00Uhr). Alle Bürgerinitiativen von Berlin und Brandenburg sind herzlich eingeladen, sich an der Demo zu beteiligen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen:

- Gesundheitsschutz/Lärmschutz vor Wirtschaftlichkeit
- Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr
- Keine dritte Start/Landebahn am Standort Schönefeld
- Kein internationales Drehkreuz

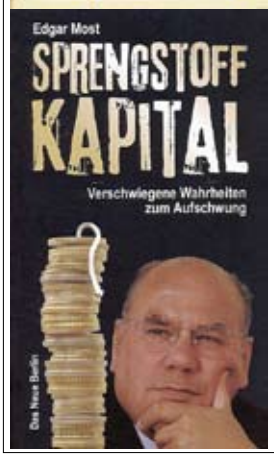
Aus einer Pressemitteilung der LINKEN Landtagsfraktion: Die Bundeswehr hat sich in den vergangenen 20 Jahren für das Land Brandenburg als ein wichtiger und verlässlicher Partner erwiesen. Dies trifft insbesondere für die Mitwirkung der Streitkräfte bei der Bewältigung der Naturkatastrophen bzw. Schadensereignisse an der Oder im Jahr 1997, an der Elbe im Jahr 2002 und auch im Jahr 2010 zu.

Wir erwarten, dass im Rahmen der Reform berücksichtigt wird, dass die Bundeswehr auch künftig ausreichend Einsatzkräfte und Technik zur gemeinsamen Bewältigung von Katastrophen und Hochwasserlagen, von denen Brandenburg in der letzten Zeit häufig betroffen war, bereitstellen kann.

Bücher

Diese Bücher sind auch im Buchhaus Bünger erhältlich

Gregor Gysi
neues leben, ISBN 978-3-355-01789-3
Wenn Gregor Gysi zum Gespräch einlädt, kommen sie alle: die Schauspielerstars Armin Mueller-Stahl und Katharina Thalbach, „Nazijägerin“ Beate Klarsfeld, Reporterlegende Peter Scholl-Latour oder Fußballurgestein Hans Meyer. Zeitgenossen aus Politik, Kultur und Sport geben im Dialog mit dem ebenso wissbegierigen wie schlagfertigen Gastgeber Gregor Gysi Auskunft über wesentliche biografische Wegmarken und Überzeugungen, aber auch über die scheinbar nebensächlichen Begebenheiten, die einen Menschen für immer begleiten. – Ein faszinierender Streifzug durch herausragende Lebensläufe unserer Zeit!



Edgar Most
Das Neue Berlin, ISBN 978-3-360-02111-3
Edgar Most ist Banker, und er hat eine klare Meinung zum Geld. Die deckt sich meist nicht mit der offiziellen. Erstens hat er kein Amt, das er verlieren kann. Zweitens besitzt er Erfahrungen mit beiden Wirtschafts- und Währungssystemen, gewissermaßen Ost-West-Kompetenz. Die breitet er hier aus. Im Gespräch mit dem Wirtschaftsjournalisten Steffen Uhlmann analysiert er schonungslos die Finanzwelt, die unser Leben beherrscht. Wie die Geldjongleure die Öffentlichkeit hinters Licht führen. Wie gefährlich das Kapital für die Gesellschaft werden kann, wenn ihm keine Zügel angelegt werden ...

Veranstaltungen

23.11.2011,19:00 Uhr,
Mittwochsgespräch
Die solidarische Rentenversicherung
Das Konzept der LINKEN Bundestagsfraktion
Moderation: Marian Krüger
Bürgerbüro/Petit Café Ernst-Thälmann-Str. 33

25.11.2011,19:00 Uhr,
Mitgliederversammlung
des Ortsverbandes DIE LINKE
nach dem Programm- und Kreisparteitag
Bürgerhaus Vereinsraum 2, Hauptstr. 2

10.12.2011,15:00 Uhr,
LINKER Jahresausklang & Kaffeegespräch
Musikalisch-literarische Lesung mit Hannelore und Erich Siek „Zum Älterwerden“
Bürgerbüro/Petit Café Ernst-Thälmann-Str. 33

31.12.2011,11:00 Uhr,
LINKER Silvester-Frühschoppen
Bürgerbüro/Petit Café Ernst-Thälmann-Str. 33

11.01.2012,19:00Uhr,
Mittwochsgespräch
mit MdL Margitta Mächtig
zur Gemeindegebietsreform
Bürgerbüro/Petit Café Ernst-Thälmann-Str. 33

Wussten Sie schon, ...

dass 1896 - vor 115 Jahren - in Neuenhagen das erste Kriegerdenkmal eingeweiht wurde? Es stand hinter der alten Dorfkirche auf dem von mächtigen Eichen bewachsenen Platz, der heute teilweise als Parkplatz dient. Der Neuenhagener Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Dotti schenkte es der Gemeinde anläßlich des 25. Jahrestages der Schlacht von Sedan, der Entscheidungsschlacht im Deutsch-französischen Krieg 1870/71, in der der „Erbfeind Frankreich“ unter Napoleon III. besiegt wurde. Im Ergebnis dieses Krieges entstand nach der Kaiserproklamation von Versailles das deutsche Kaiserreich aus Blut und Eisen. Von nun an wurde Jahr für Jahr in allen deutschen Städten und Dörfern , vor allem in Schulen und den vielen nationalgesinnten deutschen Vereinen dieser militärische Sieg feierlich begangen. Er wurde zum Symbol deutscher Stärke und militärischer Überlegenheit. Es lohnt sich eigentlich nicht, über ein solches Denkmal der Gewaltverherrlichung und des Militarismus ein Wort zu verlieren, aber als Mahnmal gegen Krieg und Barbarei sollte doch daran erinnert werden. Beseitigung von Denkmälern ersetzt nicht die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Besonders sichtbar wird das Lächerliche dieser Heldenverehrung, weil der Kopf des preußischen Landsturmmannes auf dem Denkmal nach dem Kopf des Brennermeister des Neuenhagener Gutes gestaltet wurde. Und dieser Brennermeister war allen Neuenhagenern als Freund des von ihm hergestellten Korn- und Kartoffelschnapses bekannt. Gutsbesitzer Dotti, der glaubte, eine künstlerische Ader zu besitzen, hatte den Entwurf des gesamten Denkmals mit Körper und Kopf selbst gemacht. Das Denkmal wurde ein „würdiges“ Sinnbild des deutschen Militarismus. Unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkriegs verschwand das Denkmal. Man weiß bis heute nicht, wer dafür gesorgt hat, aber es ist sicher nicht schade darum. Trotzdem kann auch ein verschwundenes Denkmal eine nützliche historische Erinnerung sein.

Dr. Erich Siek

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:
mittwochs von 13 - 18 und
sonnabends von 10 - 13 Uhr

Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE,
c/o Elke Richter,
Hohe Allee 27
15366 Neuenhagen
Verantwortlicher Redakteur:
Werner Förster
Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.
Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.